

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Französische Gewerkschaftsbewegung auf neuen Wegen

Die gegenwärtige Krise der CGT und ihre Auseinandersetzungen mit den anderen französischen Gewerkschaftsorganisationen begann im Oktober 1960, als der französische Studentenverband (UNEF), die überparteiliche, offizielle französische Studentenvertretung, alle Gewerkschaften zu einer Massenkundgebung in Paris für die Wiederherstellung des Friedens in Algerien aufrief. Zuerst sagten alle Gewerkschaften zu und es schien, daß die Pariser Studenten tatsächlich zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit beitragen und ein Bindeglied zwischen den verschiedenen, politisch ausgerichteten Organisationen werden könnten, in welche die französische Gewerkschaftsbewegung gespalten ist:

CGT (kommunistisch), FO (sozialistisch), CFTC (christlich), sowie eine Reihe von autonomen Gewerkschaften, darunter insbesondere der starke Lehrerverband FEN.

Der Appell der UNEF konnte zu einem Motor der gewerkschaftlichen Annäherung werden und zugleich Auftakt zu einer aktiveren Rolle der französischen Arbeitnehmerschaft in der ausweglosen Lage, in welcher sich Frankreich mit seinem Algerienkrieg und der ständigen Drohung eines rechtsradikalen Putsches befand. Die Einzelheiten für die Großkundgebung der Arbeitnehmerschaft auf dem Bastille-Platz waren bereits festgelegt, als die CGT, auf Weisung der kommunistischen Partei Frankreichs, sich von der besprochenen Aktionseinheit zurückzog und zwar mit der bei Kommunisten ungewöhnlichen „Begründung“, die CGT wolle an einer von der Polizei verbotenen Kundgebung nicht teilnehmen. Die Demonstration fand dann dennoch statt, getragen von einem Teil der Pariser Gewerkschaftsjugend und von den radikalen Studenten, aber auch mit Beteiligung

zahlreicher CGT-Mitglieder, die den Weisungen ihrer Führung keine Folge leisteten. Der Demonstrationstag des 27. Oktober 1960 wurde so trotz Polizeiverbot und kommunistischem Boykott zu einem Erfolg der freien Gewerkschaftsbewegung.

Bald danach verlangte die CGT, daß auch in den Betrieben „gebremst“ wird. Schon im September 1960 hatte der CGT-Führer *Fra-chon* vor „ultralinken Abweichungen“ in der CGT gewarnt. Verschiedene Kreise dieser Gewerkschaft drängten auf eine umfassende „direkte Aktion“. Die kommunistische Gewerkschaftsführung entwickelte demgegenüber einen Plan von „Tausenden von kleinen Arbeitsunterbrechungen“ und riet zur „Vermeidung großer Schlachten“. Andererseits stellte sich die CGT-Führung auch „gegen die Politik der Kollektivverträge“, die angeblich „den Kapitalismus konsolidiert“.

Im Gegensatz dazu erklärten sich die beiden Gewerkschaften FO und CFTC für Kollektivvertragsverhandlungen und gleichzeitige Vorbereitung breiter Streikaktionen, also gegen die von der CGT empfohlene Zersplitterung in Einzelaktionen. Die beiden Gewerkschaften wiesen insbesondere auf die gewerkschaftliche Erfahrung in den Vereinigten Staaten hin, wo der Kampf um bessere Kollektivverträge von ausgedehnten und oft erfolgreichen Streikbewegungen begleitet ist.

Als die Arbeiter der Pariser *Renault-Werke* in Billancourt für ihre Forderungen demonstrierten, widersetzte sich die CGT dieser Kundgebung, wieder mit der Begründung, man dürfe keine „verbotenen“ Aktionen durchführen und müsse sich auf eine einstündige Arbeitsunterbrechung beschränken. Die CFTC und die FO unterstützten aber die Demonstration. Als im Laufe dieser Kundgebung von erregten Arbeitern einige Fensterscheiben eingeschlagen wurden, grenzte sich die CGT sofort ab und stellte die Funktionäre der anderen Gewerkschaften, insbesondere der sozialistischen und christlichen, als „Hetzer“ hin. Einzelne Gewerkschafter wurden in der CGT-Presse mit Namen genannt und direkt denunziert.

Die CGT-Sektion der Renault-Werke geriet daraufhin in Opposition zu ihrer zentralen Führung und veröffentlichte einen Offenen Brief, in dem es hieß: „Die CGT ist in Worten gegen das Regime. Sie ist für begrenzte, zersplitterte, lokale Streiks. Doch lehnt sie jede Bewegung ab, die der Regierung ernststen Schaden zufügen könnte. Warum?“ Den CGT-Führern wird zum Vorwurf gemacht, den direkten Kontakt mit den Arbeitnehmern seit langem verloren zu haben und die wirkliche Stimmung nicht zu kennen. Die namentliche Denunziation einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften machte sehr schlechten Eindruck. Unter anderen wurde im November 1960 ein bekannter sozialistischer Gewerkschafter aus den Renault-Werken ent-

lassen, weil er von der CGT und von der KP als „Hetzer“ denunziert worden war.

Noch weiter gingen die Differenzen in dem Großbetrieb *Thomson-Houston*, wo die CGT-Führung ganze Gruppen aktiver Gewerkschaftsmitglieder ausschloß, weil diese zu entschiedenem Vorgehen gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften drängten. Interessant ist das Flugblatt der Ausgeschlossenen, in dem es heißt: „Die Minderheit der kommunistischen Sektion hat die seit 4 Jahren in unserem Betrieb herrschende Gewerkschaftseinheit zerbrochen und innerhalb der CGT sowie auch in der KP eine ernste Spaltung hervorgerufen. Zehn Tage hindurch hat sie intensiv daran gearbeitet, um die Arbeiter in der Lebensfrage Algerien zu demoralisieren.“ Gemeint sind die Ablehnung eines aktiven Kampfes für die Wiederherstellung des Friedens in Algerien. In dem gleichen Flugblatt wurde die Denunziation an Polizei und Unternehmenschaft als „würdelose Feigheit“ bezeichnet. Zu ähnlichen Auseinandersetzungen kam es auch in den Großbetrieben *Chausson*, *Michelin* und in den *Atlantikwerften*, wo es schon seit längerer Zeit aktive gewerkschaftliche Minderheiten gibt.

Der Algerienkrieg und die zögernde Haltung der KPF spielen bei diesen Auseinandersetzungen eine wesentliche Rolle. Führende Persönlichkeiten der CGT, die aber nicht der KP, sondern der neu gegründeten PSU (Vereinigte Sozialistische Partei; *Depreux*, *Mendes-France*) angehören, insbesondere der stellvertretende Generalsekretär der CGT, *Pierre Le Brun*, unterzeichneten gemeinsam mit ungefähr 50 000 freien Gewerkschaftern einen Appell für Friedensverhandlungen in Algerien. Sie wurden daraufhin von der kommunistischen Gewerkschaftsleitung getadelt.

Das Algerienproblem ist aber nur ein Aspekt der CGT-Krise, die eigentlich mit dem gescheiterten Eisenbahnerstreik im Juni 1959 begann, jetzt aber durch den Druck, der von der kommunistischen Parteiführung aus innen- und außenpolitischen Gründen ausgeübt wird, in eine akute Phase tritt. Um so interessanter sind die gegenwärtigen Bemühungen um eine Annäherung zwischen den christlichen und sozialistisch eingestellten Gewerkschaften.

Seit einigen Monaten spricht man von der Möglichkeit eines Zusammenschlusses der Christlichen Gewerkschaften (CFTC) und des sozialistisch eingestellten Gewerkschaftsbundes (FO). Eine derartige Fusion würde zu einem Umbruch nicht nur in der französischen Gewerkschaftsbewegung, sondern überhaupt im sozialen und politischen Leben Frankreichs führen. Bis jetzt ist der kommunistische Gewerkschaftsbund CGT die stärkste französische Gewerkschaft. Die Vereinigung der christlichen und sozialistischen Gewerkschaften würde zu einem neuen freien Gewerkschaftsbund führen, der sich zahlenmäßig mit der CGT messen könnte. Die bisher autonome und ein-

flußreiche Lehrgewerkschaft würde sich dem neuen freien Gewerkschaftsbund anschließen, ebenso der nicht-kommunistische Flügel der CGT, der schon seit längerer Zeit in Opposition zur stalinistischen Führung steht, sich aber von der größeren Gewerkschaft nicht trennen will, um einem der kleineren — christlich oder sozialdemokratisch orientierten — Gewerkschaftsbünde beizutreten.

In der CFTC ist vor allem der Vorsitzende, *Maurice Bouladoux*, für eine Annäherung an die FO-Gewerkschaft und für einen Verzicht auf den bisherigen konfessionellen Charakter der CFTC, der übrigens begrenzt ist, denn die christlichen Gewerkschaften nehmen weder von kirchlicher noch von politischer Seite Weisungen entgegen.

Es gibt aber auch eine Reihe von Tendenzen, die sich einer Vereinigung zwischen christlich und sozialistisch orientierten Gewerkschaften widersetzen: die traditionellen Strömungen unter den Gewerkschaftsmitglie-

dern, einerseits die streng katholische Einstellung, andererseits der in Frankreich stark verbreitete und verwurzelte Antiklerikalismus, aber auch außergewerkschaftliche Einflüsse, die das Entstehen eines starken freien Gewerkschaftsbundes fürchten.

Immer mehr setzt sich jedoch der Gedanke durch, daß in Frankreich, ebenso wie bereits in Großbritannien, Deutschland und in den Vereinigten Staaten, katholische, protestantische und konfessionslose Arbeitnehmer ohne weiteres in einer gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung vereinigt sein können. Die französischen Gewerkschafter halten eine Neugruppierung nicht nur zur Verteidigung ihrer Tagesinteressen für notwendig, sondern auch im Hinblick auf die unsicheren Perspektiven des gegenwärtigen politischen Regimes, bei dessen Ablösung eine einflußreiche freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle zu spielen hätte.

Georg Scheuer, Paris